Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 67 — Jahrgang 213

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 10. Februar

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,50 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Nach einer amtlichen Meldung beabsichtigt die deutsche Regierung mit einer ausführlichen Gegenliste von Verbrechen, die während des Krieges von feindlicher Seite gegen Deutsche begangen wurden, hervorzutreten.

* Infolge des Druckerstreiks erscheinen in Köln die Zeitungen mit Ausnahme der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung" nicht.

* Ein Funkspruch aus Moskau meldet, daß die Bolschewisten Odessa erobert haben.

Eine Gegenliste der deutschen Regierung

Haag, 9. Februar.

„New-York American" und andere amerikanische Blätter bringen eine Depesche von dem bekannten Vertreter der Hearst-Presse, Karl von Wiegand, wonach Wiegand aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, daß Deutschland die Auslieferungsliste der Alliierten seinerseits mit einer deutschen Liste zu beantworten beabsichtigt, die eine Aufstellung aller Alliierten enthält, die beschuldigt werden, Verbrechen und Greueltaten gegen die Kriegsgesetze begangen zu haben. Diese Liste soll als Anhang der deutschen Antwort auf die Auslieferungsforderungen der Alliierten in den nächsten Tagen überreicht werden. Deutschland wird keine Auslieferung fordern, will aber der Welt beweisen, daß nicht nur die Ententemächte solche Anschuldigungen erheben können. Die deutsche Liste der alliierten Kriegsverbrechen soll angeblich mehrere Seiten von je vier Spalten in einer Sonderausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" umfassen. Zu diesem Schritt soll sich das Kabinett entschlossen haben. Die Verbrechen sind nach verschiedenen Kategorien eingeteilt: Mord, Vergewaltigung, Diebstahl usw. Deutschland will der Welt beweisen, daß sich seine Feinde derselben Verbrechen schuldig gemacht haben, deren sie Deutschland anklagen und auf Grund deren die Entente die Auslieferung der auf der Liste stehenden Personen zur Aburteilung vor Ententegerichten fordert. Angeblich soll die deutsche Liste auch Einzelheiten und Beweise gegen die Angeklagten enthalten. In der deutschen Liste sollen aber keine hohen Staatsmänner oder Armeeführer der Alliierten verzeichnet sein, sie beschränkt sich vielmehr nur auf solche Personen, die wirkliche Verbrechen begangen haben sollen.

Für eine solche Gegenliste sind, wie wir wissen, von der deutschen Regierung alle Vorbereitungen längst getroffen. Es kann sich nur um den richtigen Zeitpunkt für ihre Aufstellung und Veröffentlichung handeln. Tausendfältig erheben sich jetzt im Volke die Stimmen, die von der Regierung verlangen, daß sie von dieser nur zu berechtigten Waffe zu ihrer und zu unserer Verteidigung endlich Gebrauch mache. Wir wollen hoffen, daß der geeignete Augenblick nicht auch diesmal wieder versäumt wird.

Die Haltung der Regierung

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 9. Februar.

Die Regierung wird ihren Standpunkt, der in der Note vom 25. Januar genau angegeben ist, keineswegs aufgeben. In der deutschen und auch in der feindlichen Presse enthaltene Gerüchte von einer Geneigtheit der Regierung zu Kompromissen sind gegenstandslos. Die leitenden Stellen bezeichnen jede Haltung für unmöglich, die darauf hinausliefe, daß Deutsche den Gegnern ausgeliefert werden. Diese Auffassung der Regierung würde keinesfalls dadurch geändert werden, daß etwa der feindliche Gerichtshof in Köln zusammentritt. Denn dann würden die Angeschuldigten ja in die Gewalt der Entente geraten können. Positive Schritte der Reichsregierung sind erst zu erwarten, wenn sie im Besitz der Ententeantwort auf unsere Note vom 25. Januar ist.

Heute mittag traten in der Reichskanzlei wiederum Mitglieder der Regierung und die Fraktionsvorsitzenden der Nationalversammlung zu einer Sitzung zusammen, um nochmals über die Auslieferungsliste und über den Zusammentritt der Nationalversammlung zu beraten.

Berlin, 9. Februar.

Reichsminister des Auswärtigen Amtes Müller hatte heute vormittag mit Freiherrn von Lersner eine längere Besprechung über die Auslieferungsfrage. Der Minister faßt sich vom Freiherrn von Lersner ausführlichen Vortrag halten über die Vorgänge in Paris, bei Ueberreichung der Note und Auslieferungsliste.

Berlin, 9. Februar.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich am Montag nachmittag mit der Auslieferungsfrage. Zum Schluß der Verhandlungen, die, wie alle Sitzungen dieses Ausschusses, streng vertraulich waren, faßte der Vorsitzende Scheidemann das Ergebnis der Verhandlungen folgendermaßen zusammen: Unbeschadet mancherlei Ausstellungen im einzelnen stelle ich fest, daß der Ausschuß sich in der Auslieferungsfrage einverstanden erklärt mit dem bisherigen Verhalten und den vorgesehenen Schritten der Regierung. Der Ausschuß erwartet, daß er vor weiteren entscheidenden Schritten der Regierung so rechtzeitig berufen wird, daß er Stellung dazu nehmen kann.

Wie der „Vorwärts" erfährt, handelt es sich im Falle des von der Entente geforderten Auer um einen Major Auer, also nicht um den bayerischen Minister Erhard Auer. Damit ist Herr Auer um die Gelegenheit gekommen, in der Rolle des freiwilligen Märtyrers, derentwegen ihn der „Vorwärts" schon glorifiziert hatte, Zwiespalt in die Abwehrfront der Angeforderten zu tragen. Man wird das in seinem persönlichen wie im sachlichen Interesse begrüßen.

Zur Auslieferungsfrage

schreibt die „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei":

Die soeben eingetroffenen Auslieferungslisten der Entente zeigen erneut den unerbittlichen Vernichtungswillen der Feinde. Sie offenbaren zugleich die unerhörte Leichtfertigkeit, mit der die Reichsregierung und die Mehrheitsparteien bei Unterzeichnung des Schmachfriedens von Versailles gehandelt haben. Alle Hoffnungen unserer unverbesserlichen politischen Illusionisten darauf, daß die Entente diesen Schandparagraphen des Friedensvertrages nicht zur Ausführung bringen werde, fallen in sich zusammen: Die Entente besteht auch in dieser Frage auf ihren Schein. Das deutsche Volk steht somit erneut vor einer Entscheidung von unüberseehbarer Tragweite; gibt es die auf der Auslieferungsliste Stehenden dem Rachebedürfnis der Gegner preis, so wird es für alle Zeit die Verachtung der ganzen Welt auf sich laden. Unsere Stellungnahme dazu ist klar vorgeschrieben. Weder die Deutschnationale Volkspartei als solche, noch irgendeiner ihrer Anhänger im Lande dürfen die Hand zur Verwirklichung des Auslieferungsverlangens bieten. An wen immer die Möglichkeit herantritt, einen durch die Auslieferung bedrohten Volksgenossen zu schützen, hat demgemäß zu handeln, mögen die Folgen für die eigene Person sein, welche sie wollen.

*

In Gießen fand in der neuen Universitätsaula eine stark besuchte Kundgebung gegen die Auslieferungsschmach statt. Die Anregung dazu ging von der Deutschnationalen Volkspartei aus, der sich die Deutsche Volkspartei und die Demokraten anschlossen. Es wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Die zahlreich erschienenen Einwohner Gießens, verschiedener politischen Richtungen und Berufsständen angehörend, erheben feierlichen Einspruch gegen das uns im aufgezwungenen Friedensvertrag gestellte Verlangen auf Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an unsere Feinde. Niemals ist einem Volke eine ähnliche Schmach zugemutet worden. Nicht die Stimme der strafenden Gerechtigkeit, sondern unversöhnlicher Haß, der Deutschland moralisch vernichten möchte, spricht aus diesem Verlangen, dessen Ausführung auch bei uns unversöhnlichen Haß erzeugen müßte. Widerspricht es doch seit Menschengedenken jedem bestehenden Recht, daß dem Angeklagten Ankläger und Richter in einer Person gegenüberstehen. Wir erwarten daher von der Regierung, daß sie das Aeußerste tut, um eine derartige Schmach von uns abzuwenden."

Die versammelten Mitglieder des Deutschnationalen Volksvereins des Kreises Bublitz in Pommern erheben einmütig Einspruch gegen die Forderung der Feinde auf Auslieferung des deutschen Kaisers und anderer deutscher Staatsbürger. Sie ersuchen die Parteileitung, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß diese nationale Schmach von unserm Volke abgewendet wird. Wie es keinen Deutschen geben darf, der sich freiwillig dem Gericht unserer Feinde ausliefert, so darf auch die deutsche Regierung sich nie und nimmer bereit finden, den Feinden bei ihren Plänen Henkerdienste zu leisten. Es gilt, den letzten Rest nationaler Würde zu wahren!"

Berlin, 9. Februar.

Die Technische Hochschule faßte heute in einer Kundgebung zu dem Auslieferungsbegehren der Entente eine Entschließung, in der es unter anderem heißt:

„Die Professoren und die Studentenschaft der Technischen Hochschule wenden sich in aller Schärfe gegen das Auslieferungsbegehren der feindlichen Mächte. Wer bereit ist, Schergendienste bei der Auslieferung deutscher Männer zu tun, deren Pflichtgefühl und Ehrlichkeit dem der feindlichen Heerführer in allem standhält, ist ein Volksverräter. Die Regierung die solche duldet, zertritt ihrem eigenen Volke vor den Augen der Welt das letzte, seine Ehre."

Die Anklagen gegen die Heerführer

Berlin, 9. Februar.

Der französische Teil der Auslieferungsliste ist außerordentlich umfangreich. Er enthält nicht nur die Angaben der Auslieferungsgründe, sondern auch einen großen Teil des Beweismaterials, welches die französische Regierung gesammelt hat. Aufgefundene deutsche Armeebefehle, Aussagen von Kriegsgefangenen und abgefangene Soldatenbriefe sowie die Aussagen der Bevölkerung der seinerzeit besetzten französischen Gebiete befinden sich in den Anlagen der Auslieferungsliste. Die Anklagen gegen eine Anzahl deutscher Heerführer, so vor allem gegen Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind sehr allgemein gehalten. Gegen den Generalfeldmarschall v. Hindenburg wird vor allem eine Unterredung vorgebracht, die er im ersten Kriegsjahr mit einem Berichterstatter eines Berliner Blattes gehabt hat. Weiter wird ihm vorgeworfen, die Verwüstung des Sommegebietes zielbewußt herbeigeführt zu haben. Gegen den General Ludendorff wird ein Armeebefehl zitiert, in welchem es heißt, daß die französische Bevölkerung zu den Arbeiten herangezogen werden muß, und daß kein französisches Mädchen weniger arbeiten darf, als die zurückgebliebene Bevölkerung Deutschlands.

Besonders umfangreich gestaltet sich das Anklagematerial gegen den ehemaligen deutschen Kronprinzen und gegen den Kronprinzen Rupprecht von Bayern. Der deutsche Kronprinz wird für die planmäßige Zerstörung einer ganzen Reihe von Dörfern verantwortlich gemacht, außerdem werden ihm kriegsgerichtliche Urteile vorgeworfen, sowie die Plünderung von Charleville und Mézières. In der Anklage gegen den Kronprinzen Rupprecht von Bayern bildet den wesentlichsten Bestandteil ein Armeebefehl, in welchem der Kronprinz seine Truppen angeblich aufforderte, keine englischen Gefangenen mehr zumachen. Weiter werden gegen ihn Aussagen deer Bevölkerung von Cambrai und Kriegsgefangenenaussagen hervorgehoben, aus welchen angeblich hervorgehen soll, daß er der Urheber des Brandes von Cambrai gewesen ist. Feldmarschall Mackensen wird von Rumänen und Serben gefordert. General Kluck wird für Todesurteile gegenüber französischen Bürgern in Senlis verantwortlich gemacht. Der General Zöllner wird als der geistige Urheber der Deportation aus Lille bezeichnet. Der Großherzog von Hessen wird beschuldigt, für die Plünderung des Schlosses Moyencourt verantwortlich zu sein. Großadmiral von Tirpitz steht wegen des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf der englischen Auslieferungsliste.

Der französisch-englische Gegensatz

Erhöhte Kohlenlieferung an Frankreich als Ersatz?

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Paris, 9. Februar.

Der Londoner Korrespondent des „Journal" berichtet: Was die Haltung Lloyd Georges in der Auslieferungsfrage anbetreffe, so erkläre seine Umgebung, daß er keineswegs die Absicht habe, von seinem Entschluß, von Deutschland die Erfüllung des Friedensvertrages zu verlangen, abzugehen.

Bern, 8. Februar.

Die Meldung, Lloyd George habe unter dem Einflusse der in gewissen englischen Kreisen herrschenden Ansichten seine Meinung geändert und dem Pariser Auswärtigen Amt mitteilen lassen, er betrachte sich in der Auslieferungsfrage nicht mehr solidarisch mit der französischen Regierung, wird von heute vorliegenden Nachrichten als überholt bezeichnet. Wenn ein Pariser Drahtbericht der „Gazette de Lausanne" die Situation richtig schildert, hat Lloyd George am Freitag abend der Botschafterkonferenz den neuen Standpunkt der englischen Regierung selbst dargelegt. Wenn trotzdem im Anschluß an diese Konferenz von Havas gemeldet wurde, die Liste der Schuldigen sei nicht geändert worden und werde in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung der deutschen Regierung überreicht werden, so ist dies nach dem Gewährsmann der „Gazette de Lausanne" auf die inzwischen bekannt gewordenen Ausführungen der Londoner „Times" zurückzuführen, welche energisch verlangten, daß die Einheitsfront der Alliierten gehalten würde. Dies habe Lloyd George dann zu einer neuen Aenderung seines Standpunktes veranlaßt. Der Korrespondent der „Gazette de Lausanne" hebt sodann hervor, die große Mehrzahl der Franzosen würde es lieber sehen, wenn anstatt der Aburteilung einiger hundert Deutscher die Friedensgarantien verbessert und beispielsweise die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich verrecht würden. Uebrigens machten die Franzosen kein Hehl aus ihrer Unzufriedenheit mit den verschiedenen Winkelzügen ihrer Verbündeten, weil so letzten Endes immer wieder der Haß und die Rachsucht der Deutschen auf Frankreich gerichtet würden.

Ein seltsamer Prozeß

Paris, 9. Februar.

Oedipus in der „Lanterne" prüft die Möglichkeit, aus der Sackgasse, in die man geraten sei, herauszukommen. Er ist der Ansicht, daß die Artikel über die Strafverfolgung schlecht gemacht sind. Die Kriegsgerichte hätten ja selbst in Frankreich Feinde gefunden. Er fragt sich, ob die Jurisdiktion, die angewandt werden sollte, alle wünschenswerten Garantien biete. Außerdem ergebe sich die Frage, wie die Militärgerichte zusammengesetzt sein sollten. Das Gericht, das die deutschen Generalfeldmarschälle aburteilen solle, müsse doch eigentlich aus den Oberbefehlshabern der alliierten Armeen zusammengesetzt sein, also darunter auch Marschall Foch. Das sei aber ein seltsamer Prozeß, in dem der Sieger das Urteil über seinen Gegner fällen solle, es sei denn, man habe die Absicht gehabt, Hindenburg von jungen Unterleutnants aburteilen zu lassen. Der Oberste Rate habe einen schweren Irrtum begangen, als er diese Artikel redigierte. Vielleicht wäre es besser, das Loyal und spontan anzuerkennen. Oedipus glaubt, ein Ausweg wäre zu finden im Text des Artikels 228, in dem die deutsche Regierung den alliierten und assoziierten Mächten die Freiheit, vor ihre Gerichte zu laden, zuerkannte. Er legt Wert auf das Wort „Freiheit" und meint, daß man darüber die Erörterung eröffnen könne.

Die Besetzung Deutschlands

Danzig, 9. Februar.

Heute nachmittag traf das Glied des englischen Besatzungsbataillons mit dem bisherigen Kommandeur der englischen Besatzungstruppe hier ein. General Making siedelte vom Hotel nach dem Generalkommando über, auf dem jetzt die englische Flagge weht. Am 12. Februar wird ein französisches Bataillon erwartet, das in Neufahrwasser stationiert werden soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192002101-16/fragment/page=0001

Zum 10. Februar

Seinen 70. Geburtstag begeht heute der in Berlin wohnende Generaloberst von Linsingen. Als Sproß eines alt-hannoverschen Geschlechts in Hildesheim geboren, wurde Alexander von Linsingen im April 1868 aus dem Kadettenkorps als Fähnrich dem damals in Hannover stehenden Infanterie-Regiment Nr. 67 überwiesen, so daß er vor zwei Jahren auf eine 50jährige Dienstzeit zurückblicken konnte. Im deutsch-französischen Kriege zeichnete er sich in der Schlacht bei Vionville und ganz besonders bei Vendôme (16. Dezember 1870) aus, wo er mit seinem Zuge einige Geschütze eroberte. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse war der Lohn für die schneidige Tat, welche ein Mitkämpfer, Maler Louis Kolbitz, durch ein in der Berliner Nationalgalerie untergebrachtes Gemälde verherrlicht hat. Nachdem er in mehreren Stellungen, zuletzt beim Generalkommando des 14. Armeekorps Adjutant gewesen war, kam Major von Linsingen als Bataillonskommandeur zu den 8. Leibgrenadieren, befehligte dann das 4. Regiment in Rastenburg und wurde später nach Württemberg kommandiert, um die 26. Division zu übernehmen. Im Jahre 1909 wurde er Kommandierender General des 2. Armeekorps, mit dem er auch im Verbande der 2. Armee in den Weltkrieg zog. Im Januar 1915 wurde er an die Spitze der „Deutschen Südarmee" berufen, welche unter ungeheuren Anstrengungen die Russen über die Karpathenkämme zurückwarf und damit Ungarn vom Feinde befreite; in zähem Kampfe wurde dann das eroberte Gelände gegen eine gewaltige Uebermacht wochenlang gehalten. Die Leistungen des Generals, der mit seinem Stabe alle Beschwerden des schwierigen Auftriebes über die verschneiten Pässe mit seinen Truppen geteilt hatte, wurde durch Verleihung des Ordens Pour le mérite belohnt. Mit berechtigtem Stolze legten die Karpathenkämpfer an der Mütze ihr Abzeichen an, das später behördlich anerkannt wurde. In der großen Einbruchsschlacht in Galizien eroberten Linsingens Truppen den übergragenden Bergrücken des Zevimi und bedrohten durch ihren Gewaltmarsch auf Stoki den Gegner in Flanke und Rücken, daß er seine stark befestigten Stellungen aufgeben mußte. Das Eichenlaub zum Orden Pour le mérite war der wohlverdiente Lohn für die tatkräftige Verfolgung. Alsdann übernahm die neugebildete „Heeresgruppe Linsingen" einen Teil der westlichen Front und wehrte heldenmütig alle Durchbruchsversuche der Russen am Styr und Stochod ab; später rückten einzelne Teile in die Ukraine ein und besetzten Kiew. General von Linsingen, der bereits vor dem Kriege à la suite der 2. Grenadiere, des ältesten Regiments seines Armeekorps, gestellt worden war, wurde zum Chef des 1. Hannoverschen Infanterie-Regiments Nr. 74 ernannt und im Januar 1918 zum Generalobersten befördert. Bald darauf wurde er als Nachfolger des verstorbenen Generalobersten von Kessel zum Gouverneur von Berlin und Oberkommandierenden in den Marken ernannt, doch trat er bei Ausbruch der Revolution von seinem Posten zurück. L.

Der Erzberger-Prozeß

Berlin, 9. Februar.

Wie wir schon berichtet haben, erschien gestern Erzberger wieder vor Gericht. Es wurde zunächst der Prigodninfall behandelt. Dazu wurde der Kaufmann Lautenschläger vernommen, an den der Vorsitzende folgende Frage richtet:

Vors.: Zu welchem Preise haben sie die Anteile allgemein angekauft?

Zeuge: Soweit ich mich erinnere, zu Pari.

Vors.: Wie waren die Geschäftsaussichten 1915?

Zeuge: Bei Kriegsausbruch waren die Aussichten schlecht, da man namentlich die Pflanzen aus Mexiko, die zu dem Präparat benötigt wurden, nicht bekam. Je länger der Krieg dauerte, um so schlechter wurden die Aussichten.

Vors.: Hätten Sie im Jahre 1916 für die Anteile noch 1000 M. gezahlt.

Zeuge: Ich weiß nicht, das wäre wohl sehr optimistisch gewesen.

R.-A. Alsberg: Welch Interesse sollten sie an den Prigodin-Anteilen haben, als das, sich demjenigen Herrn erkenntlich zu zeigen, der den Vertrag zwischen den Serumwerken und der Prigodin-Gesellschaft zustande gebracht hatte. Wie wollen Sie es begründen, daß jemand im Jahre 1915, als nach allgemeiner Ansicht die Anteile schon wertlos waren, seine Anteile über Pari verkauft?

Zeuge: Das ist eben Ansichtssache.

Helfferich: Hat irgend ein anderer Gesellschafter der Prigodin-Gesellschaft seine Anteile über Pari verkauft?

Zeuge: Ich glaube nicht.

Helfferich: Ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß derjenige Mann, der den Vertrag zustande gebracht hat, der über das Schicksal der Prigodin-Gesellschaft entschied, als einziger seine Anteile über Pari verkaufte?

Zeuge zögernd: Darüber kann ich mir kein Urteil erlauben.

Dann wird die Aussage des Zeugen August Thyssen verlesen, der durch den Berichterstatter des Gerichts vernommen worden ist. Die Aussage bringt keine neuen Momente. Thyssen sagt aus, er könne sich nicht entsinnen, daß er zu dem Angeklagten Helfferich jemals gesagt habe: „Wenn Sie Schwierigkeiten beim Kriegsministerium haben, wenden Sie sich nur an Herrn Erzberger, ich habe gute Erfahrungen mit ihm gemacht." Zur Frage des Figums von 40 000 Mark, das Erzberger als Aufsichtsratsmitglied bezog, erklärt Thyssen, daß dies aus den besonderen Verhältnissen des Thyssenkonzerns, der keine Dividenden zahlt, hervorginge. Thyssen schiebt die Schuld zu der schließlichen Entfremdung zwischen ihm und Erzberger in erster Linie dessen Abschwenken nach links zu.

Hierauf wird der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlfabrikanten Dr. Reichardt vernommen, um über die Annexionspropaganda Erzbergers auszusagen, die Erzberger im Mai—Juni 1917 entfaltet hat. Der Zeuge Dr. Reichardt sagt aus: Ende Mai, Anfang Juni 1917 fand in Düsseldorf eine Sitzung des Propaganda-Ausschusses statt. Damals fiel es allgemein auf, daß August Thyssen, der sonst eigene Wege ging, in der Frage der Eisen- und Stahlgewinnung mit der Mehrheit einig war. Es war klar, daß Thyssen durch den damaligen Abgeordneten Erzberger informiert war. Das Annexionsprogramm Erzbergers war bekannt. Für die Propaganda sollten die führenden Männer der Eisenindustrie sich in Gutachten über die Notwendigkeit einer erhöhten Erzgewinnung und über die Zukunft unserer Erzvorräte äußern, und zwar in Form von Gutachten. Die Presse, namentlich die Arbeiterpresse, sollte über die hohe Bedeutung der Eisengewinnung auf das deutsche Wirtschaftsleben und auch auf die Landwirtschaft aufgeklärt werden. Erzberger wollte damals die Bearbeitung der Arbeiterpresse selbst übernehmen.

Geheimrat v. Gordon: War von einer gewaltsamen Einverleibung oder von einer Ausbeutung des Erzbeckens von Briey die Rede? —

Zeuge: Erzberger sprach den Gedanken aus, daß man einen Austausch vornehmen könne. Man wollte Château Salain gegen das Briey-Gebiet austauschen. Wir legten Wert darauf, daß deutsches Gebiet nicht verloren ging. — Vors.: In der Propaganda wollten Sie doch nur Wert darauf legen, das Briey-Becken dem deutschen Territorium anzugliedern. —

Helfferich: Ist dem Herrn Zeugen bekannt, daß Herr Erzberger nach der Friedensresolution sich noch an der Annexionspropaganda betätigt hat, daß er die linksstehende Presse mit dementsprechenden Artikeln versehen hat? —

Zeuge: Ja, es erschien eine Artikelserie in dieser Tendenz, von der ich annahm, daß dieselbe von Erzberger stammte.

Helfferich: Herr Dr. Reichardt, hat Herr Erzberger in der angegangenen Propagandasitzung sich nicht bereit erklärt, durch die ihm nahestehenden Korrespondenzen Propagandaartikel bringen zu lassen und in der festgelegten Richtung zu werden? — Zeuge: Ja, Erzberger wollte auch auf Parteifreunde in dieser Richtung einwirken. —

Helfferich: Mir liegt hier eine Broschüre vor, in der es heißt, daß Erzberger durch seine Korrespondenzbureaus die Annexionspropaganda betrieben hat. —

Zeuge: Ich muß sagen, daß Herr Erzberger der spiritus rector der ganzen Propaganda war. Wir hatten damals auch die Absicht, eine Denkschrift über die Erwerbung des Briey-Gebietes der Regierung und den militärischen Stellen zu übersenden. —

Helfferich: Herr Erzberger ist also gewissermaßen der Vater, oder besser gesagt, die Hebeamme der Vaterlandspartei gewesen? —

Zeuge: Den Eindruck habe ich auch. —

Helfferich: Herr Erzberger ist also gewissermaßen der Bewegung, die er selbst ins Leben gerufen, später mit der Friedensresolution in den Rücken gefallen? —

Zeuge: Allerdings! —

Helfferich: Ich behaupte, daß Erzberger sich durch Thyssen hat beeinflussen lassen, und daß, als Erzberger die Friedensresolution machte und zu den Linksparteien abschwenkte, Thyssen sich von ihm zurückzog. Ich möchte nun den Herrn Zeugen darüber befragen, ob Erzberger im August und September irgend etwas getan hat, um die von ihm ins Leben gerufene Annexionspropaganda abzustoppen? —

Rechtsanw. Friedländer: Eine derartige Frage gehört doch nicht hierher. —

Helfferich (sehr heftig): Ich stehe auf dem Boden der Strafprozeßordnung, die es mir gestattet, einem Zeugen Fragen vorzulegen. —

Zeuge: Die Agitation ging ruhig weiter, es ist mir nichts davon bekannt, daß Herr Erzberger versucht hat, sie in andere Bahnen zu lenken. Wir hatten unsererseits keinen Anlaß, an Erzberger heranzutreten. Er hätte nach dem 19. Juli durch Herrn August Thyssen auf uns einen Einfluß ausüben können, hat es aber nicht getan. —

Helfferich: Ich beantrage, Herrn Dr. Giesler von der Deutschen Nachrichtenverkehrsgesellschaft darüber zu vernehmen, daß Herr Erzberger vom Juli bis September 1917 Informationen und Artikel zugunsten einer Annexion an die Presse hat gehen lassen.

Auf weiteres Befragen des Zeugen erklärt dieser, sich nicht erinnern zu können, daß im Oktober 1917 im Reichstage unter Erzbergers Führung ein Vorstoß gegen die Vaterlandspartei unternommen wurde, obgleich diese genau dieselbe Agitation betrieb, wie sie Erzberger selbst vertreten hat. Helfferich schlägt darauf vor, die Protokolle des Reichstages zu diesem Punkte heranzuziehen.

Es wird dann nochmals der Zeuge Unterstaatssekretär Freiherr v. Stein aufgerufen und von Helfferich darüber befragt, ob er über charakteristische Aeußerungen Erzbergers Auskunft geben könne, in denen dieser versucht habe, seine Friedensresolution mit der Annexionsfrage in Einklang zu bringen.

Zeuge: Ich war damals Vertreter des Reichskanzlers. Ich war nach Berlin gekommen, um mich über die Stimmung zu orientieren. Eines Vormittags, ich glaube am 9. oder 10. Juli, begegnete ich dem Abg. Erzberger, der im Begriff war, in das Auswärtige Amt zu gehen. Er begrüßte mich sehr erstaunt: „Sie sind noch hier? Was machen Sie denn hier noch?" Fragte er mich und fuhr dann fort: „Wir gegenüber brauchen Sie nicht zurückhaltend sein, ich weiß Bescheid! Warum reisen Sie nicht nach dem Großen Hauptquartier zurück?" Und als ich ihm sagte, ich wolle mich erst orientieren, wie der Hase laufe, sagte er: „Sie können ruhig reisen, es ist alles in Ordnung. Der Reichskanzler bleibt, alle bleiben, ich war eben im Zivilkabinett." Dann zog Erzberger aus seiner Tasche ein Bündel Papiere und sagte: „Hier ist eine Resolution, die wird der Reichstag annehmen, dann bleibt alles beim alten." Ich las die Resolution durch, die sprach vom Friedensschluß ohne gewaltsame Gebietsabtretung. Als ich Herrn Erzberger nun fragte, wie es dann mit Briey-Longwy stände, sagte er, das stände dem nicht im Wege. Das würde schon im Wege der Grenzberichtigung gemacht. Und auf meine Frage, bezüglich Belgiens und Vorrückens an die Maaslinie gab er mir dieselbe Antwort. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ließe die Resolution alle Möglichkeiten zu. Ich sagte dann: „Wenn ich also recht verstehe, soll keine Beraubung der staatlichen Selbständigkeit begangen werden." Kein Land soll hannektiert werden? Darauf Erzberger: Ganz recht. Ich erklärte darauf, aus dem Wortlaut der Resolution könne man das aber nicht lesen, warum wird denn die Resolution überhaupt gefaßt? Hierauf meinte Erzberger: Das geschieht aus politischen Gründen. Erstens mache sie einen guten Eindruck auf das Ausland, und zweitens wirke sie auch auf die Sozialdemokratie und die großen Massen.

Im Laufe der weiteren Verhandlung, die sich noch über zwei Stunden hinzog, wurde eine ganze Reihe von Zeugen über die Betreffung Thyssens zur Erlangung der Ausbeutung im Becken von Longwy vernommen. Die Zeugen sind zum Teil über die Verhältnisse uniformiert. Gegen 8 Uhr vertagt der Vorsitzende die Verhandlung auf Dienstag vormittag 10 Uhr.

Fortgang im Kesselprozeß

Vor dem Urteilsspruch.

Berlin, 9. Februar.

Die Verhandlungen gegen Hauptmann von Kessel wurden heute nachmittag gegen 4 Uhr wieder aufgenommen. Der Vorsitzende Kriegsgerichtsrat Gerhard verliest einen Brief, der an den Vorsitzenden im Kesselprozeß gerichtet ist und in welchem ihm gedroht wird, daß ein Mann im Zuhörerraum, der einen Revolver bei sich habe, sechs Kugeln auf ihn richten würde, falls Kessel verurteilt werden sollte. Kriegsgerichtsrat Gerhard bemerkt dazu mit erhobener Stimme: Sollte der betreffende Herr im Zuhörerraum sitzen, so möge er sich melden, ich bemerke, daß der deutsche Richter sein schweres Amt unbekümmert ob rechts oder links, einzig nach dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit ausübt.

Der Beginn der heutigen Verhandlung, die auf nachmittags ¼4 Uhr festgesetzt ist, verzögert sich etwas, weil ein Prozeßbeteiligter noch nicht zur Stelle ist. Der Angeklagte, Hauptmann von Kessel, ist, wie verlautet, an der Grippe erkrankt und hat über 39 Grad Fieber. Er sieht deshalb recht leidend aus. Herr von Kessel hat aber den dringenden Wunsch durchzuhalten, so daß mit der ungestörten Durchführung der Verhandlung gerechnet werden kann. Der Vorsitzende hofft, die Beweisaufnahme heute noch beendigen zu können, hierauf sollen sich dann unmittelbar die Plaidoyers anschließen. Kriegsgerichtsrat Gerhard hat auch die Absicht, denn noch heute abend, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreffen, das Urteil des Gerichts zu verkünden.

Das Urteil ist bis Redaktionsschluß nicht eingetroffen. Red.

Kaisermärchen. Entgegen einer Zeitungsmeldung, in der es hieß, der ehemalige Kaiser sei mit einer großen Anzahl Aktien bei der Firma Krupp beteiligt gewesen, erklären die „Kruppschen Mitteilungen", daß eine Beteiligung nicht nur nicht besteht, sondern auch niemals weder zur Zeit von F. A. Krupp noch bei Begründung der Aktiengesellschaft in irgendeiner Weise ein Wunsch des Kaisers oder eines Mitgliedes der kaiserlichen Familie bekundet worden sei; an dem Aktienkapital der Firma mittelbar oder unmittelbar beteiligt zu sein.

Aus dem Bankgewerbe. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß über einen Reichstarif im Bankgewerbe werden Mittwoch, den 11. Februar, im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrats Dr. Wigler beginnen.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

38] Roman von Lola Stein.

„Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin."

„Ich hatte Besuch, Raoul" sagte sie, etwas verletzt durch seine schroffe Art, die Axel kränken mußte. „Aber Axel ist im Begriff zu gehen. Nun werde ich mich schnell umkleiden, in zehn Minuten bin ich fertig. Du leistest Raoul noch so lange Gesellschaft, Axel?"

Sie nickte ihnen zu und ging eilends in ihr Ankleidezimmer. Sie dachte, daß nun eine Gelegenheit für Axel sei, Raoul nach allem zu fragen, was er von ihm wissen wollte.

Auch Axel dachte so, aber ein Blick in das finstere und verschlossene Antlitz des Freundes ließ ihn erkennen, daß er des Rätsels Lösung so bald nicht finden würde.

„Hast du eigentlich etwas gegen mich, Raoul, und was?" forschte er in seiner ruhigen, offenen Art, als der andere beharrlich schwieg. „Habe ich dich unwissentlich beleidigt?"

„Nein", sagte Raoul Bronsart hastig, „nein, Axel. Was sollte ich gegen dich haben? Du hast mir nichts getan und bist mir auch wohl derselbe noch, der du mir früher warst. Vielleicht habe ich selbst mich nur verändert. Sieh, wir haben uns ein Jahr nicht gesehen und eine so lange Zeit kann viel aus einem Menschen machen. Mich hat dieses letzte Jahr in den Grundfesten meines Seins erschüttert, ich bin anders geworden. Und bin schwer nervös in den letzten Monaten. Da hast du eine Erklärung."

„Nein", sagte Axel Lindner ruhig, „das ist keine. Das sind Ausflüchte, Raoul. So wie wir einst miteinander standen, wie wir auseinandergingen — und dann dieses Wiedersehen — das alles ist unerklärlich für mich. Und ich sehe, du willst mir keine Erklärung geben. Ich kann dich nicht zwingen."

Er schwieg und wartete auf Antwort. Aber es kam keine. Raoul Bronsart hielt den dunklen Rasseko pf tief gesenkt, seine Hände, die eine Reitgerte umspannten, zitterten in leichter Nervosität.

Axel Lindner trat plötzlich dicht an ihn heran, legte ihm die Hand auf die Schulter. Raoul blickte auf. Und indem Axel seine leuchtenden Augen fest und zwingend in die flackernden Feuersterne des Freundes bohrte, fragte er langsam:

„Hast du den Haß, den du auf meinen toten Bruder hegtest, auf mich übertragen, Raoul?"

Raoul Bronsart war zusammengezuckt, als Axel den Toten erwähnte. Wieder wurde sein bronzenes Antlitz bleich, wieder ging jenes unruhevolle Zucken über seine Züge, das Axel schon einmal an ihm bemerkt.

Er hielt den durchbohrenden Blick des Freundes nicht aus, er wandte sich von ihm ab, schlug die Augen nieder und sagte mit unfreiem Lächeln:

„Was für Vorstellungen, Axel? Warum sollte ich dich wohl hassen? Was hast du überhaupt mit deinem Bruder zu tun? Nichts, nicht das Geringste."

Er stand auf. „Ich will doch sehen, ob Maja fertig ist. Jetzt ist draußen noch alles voller Sonne, aber wenn wir noch lange zögern, ist die Herrlichkeit vorbei."

Er verließ das Zimmer und Axel wußte nun, er wich ihm aus, er wollte nicht offen und ehrlich mit ihm sprechen, wollte überhaupt seine Gegenwart scheinbar nicht. Aber noch gab er das Spiel nicht verloren.

Und als er wenige Minuten später mit dem Brautpaar das Haus verließ, sagte er:

„Ich hoffe, euch bald bei Mama begrüßen zu können."

„Wir kommen, Axel," sagte Maja, „grüße mir deine liebe Mutter und habe Dank für deinen Besuch."

Draußen vor dem Hause stand der Reitknecht und hielt die beiden Pferde am Zügel. Raoul Bronsart hatte sie vor einigen Monaten angeschafft, Maja hatte Reitunterricht genommen und großes Gefallen daran gefunden.

Sie drückte Axel noch warm die Hand, dann ließ sie sich von ihrem Verlobten in den Sattel heben. Schlank und schön in ihrem anganliegenden schwarzen Reitkleid saß sie auf dem goldbraunen Pferd. Raoul Bronsart bestieg seinen Rappen.

Nie war seine interessante Persönlichkeit so faszinierend, als wenn er zu Pferde saß. Die schlanke, sehnige Gestalt schien eins mit dem edlen Tiere zu sein, der rassige Kopf, das bronzene Antlitz wirkte in dieser Pose wie gemeißelt.

Noch ein letzter Gruß hier und dort. Dann sprengten die beiden Reiter davon und Axel Lindner sah ihnen mit heißen Augen nach.

Eine Weile ritten sie schweigend dahin. Schließlich fragte Raoul: „Wo war Erika denn heute?"

„Sie hatte Besorgungen in Berlin zu machen," antwortete Maja unbefangen.

„Hm, es ist doch seltsam, Maja, daß du sie nie Besorgungen machen läßt, wenn ich zu dir komme. Und heute mit Axel suchtest du das Alleinsein?"

„Wie kannst du so sprechen," rief sie erregt und fühlte den schnellen Schlag ihres Herzens, „es war lange verabredet und besprochen, daß Erika heute gehen sollte, als Axel überraschend kam. Warum hätte ich sie zurückhalten sollen?"

„Warum hältst du sie immer zurück, wenn ich bei dir bin?"

„Das tue ich gar nicht," erwiderte sie in Verwirrung, „und wenn zuweilen doch — Raoul — frage dich selbst, warum es geschieht!"

„Du fürchtest das Alleinsein mit mir? Meine silberne Blume fürchtet mich?"

Sie antwortete nicht, und er wußte wohl, daß stets eine dunkle Angst in ihr war, seinem magischen Einfluß willenlos zu erliegen, und daß sie darum das Alleinsein, das er immer erstrebte, oft und oft zu verhindern suchte. Sie wollte klar bleiben und fest in ihren Entschließungen und wußte doch, daß sie seinem Willen auf die Dauer nicht zu widerstehen vermochte.

„Ich will überhaupt nicht, daß du Axel allein bei dir siehst. Du bist zu jung und zu schön, um Herren allein empfangen zu können."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192002101-16/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 10. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung

Die alte Weisheit „Nichts ist dauernd als der Wechsel" hat auch in der gestrigen Stadtverordnetensitzung wieder einmal ihre Bewahrheitet. Hatten sich die Demokraten noch unlängst fast einmütig gegen den Antrag der Unabhängigen auf eine Aufwandentschädigung für unbesoldete Stadträte ausgesprochen, so fielen sie gestern um, stimmten für die Vorlage, wonach der nunmehr ein unbesoldeter Stadtrat mit 200 Mark monatlich besoldet wird. Das Entgegenkommen der Demokraten ermutigte Herrn Hildebrandt (U. S. P.) sogar, noch einmal die ursprüngliche Forderung von 300 Mark aufzustellen; sie blieb aber vergeblich. Und noch einmal bewahrheitete sich der „Vorgang" angeführte Spruch. Man ist sonst von seinen unabhängigen Stadträten gewöhnt, daß sie jede Gelegenheit benutzen, wo es etwas zu kommunalisieren gibt. Die Gastwirtschaft des städtischen Schlacht- und Viehhofes, deren Pachtvertrag am 1. April abläuft, wäre dafür eigentlich ein geeignetes Objekt gewesen. Aber man ist anscheinend auf der äußersten Linken Kommunalisierungsversuchen gegenüber etwas vorsichtiger geworden. Man will erst einmal abwarten, und ob die Gastwirtschaft vorläufig nochmals auf zwei Jahre verpachten. Auch der Wohnungsfürsorge scheint sich jene Fraktion etwas mehr zu angelegentlich wie bisher annehmen zu wollen. Die verschloß sich entschieden der Anregung, die Gastwirtschaft in Wohnungen einzurichten. Ja, als von verschiedenen Seiten über Ueberschreitung der Polizeistunde und ähnliche Verstöße der bergeitigen Pächters Klage geführt wurde, gab Stadtv. Osterburg (U. S. P.) den Beschwerde führenden Anwohnern den „freundschaftlich-sozialen" Rat, sich doch gefälligst nach einer anderen Wohnung umzusehen.

Den breitesten Raum der Verhandlungen nahmen die Beratungen über den Antrag auf Erhöhung der Lustbarkeitssteuer ein. Die Stadt Halle zog aus ihr bisher 185 000 Mark, die neue Vorlage sieht einen Ertrag von 3 Millionen Mark vor. Die Erhöhung bewegt sich im Verhältnis zu anderen Städten noch in einem erträglichen Rahmen. Sie beträgt im Durchschnitt 55 v. H. Dabei werden Institute, die einen kulturellen Charakter tragen, mit einer geringeren Steuer, 30 bis 50 v. H., belegt werden. Das Tanzen und der Rundtanz werden freilich arg verteuert werden, und die Begründung der Vorlage löste seitens der zahlreichen Tribünenbesucher manches Ach und Weh aus. Die Unabhängigen werden sich unter ihnen allerdings manchen Freund erworben haben, als sie für eine Verminderung der Lustbarkeitssteuer für derartige Veranstaltungen eintraten. „Leider" war aber auch diese Mühewaltung der U. S. P. von keinem Erfolge gekrönt. Die Magistratsvorlage wurde im allgemeinen angenommen mit der Einschränkung, daß rein sportliche Veranstaltungen steuerfrei bleiben. Eine Folge wird indessen diese neue Steuer zeitigen: Tanzlustbarkeiten werden künftig meistens schon um 1 Uhr nachmittags und vorzugsweise in kleineren Sälen stattfinden. Denn die Höhe der Steuer richtet sich nach der Größe des Saales und nach der Zeit, und die erste „Tanzperiode", von 1 Uhr bis 7 Uhr nachmittags, ist die billigste!

Im übrigen bot die Besprechung über diesen Punkt der Tagesordnung dem Leitartikler des „Volksblattes", Stadtv. Reck, dessen schaffensfreudige Hände durch das Verbot jenes Blattes gebunden sind, mannigfache Gelegenheit zu allgemeinen und parteipolitischen Ergüssen, vor allem gegen die Mehrheitssozialisten, die von Herrn Kleeis mit Geschick und Witz — das Haus stimmte verschiedentlich ein homerisches Gelächter an — persiert wurden.

*

Sitzungsbericht.

Stadtverordneten-Vorsteher Hennig eröffnet die Sitzung und bringt die eingelaufenen Eingänge zur Kenntnis. Es ist eine Vorlage eingebracht, die eine Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung um 50 v. H. vorsieht. Eine weitere Vorlage betrifft die Erhöhung des Zuschusses für Erwerbslosen-Unterstützung für Betriebe, die infolge Kohlenmangels schließen müssen, und eine dritte Vorlage beschäftigt sich mit der Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung für Frauen. Der Magistrat hat sich für die drei Vorlagen entschieden. Es liegen weiterhin Eingänge vor vom Verband der sozialen Beamten und Beamtinnen, die dem Sozialen Ausschuß sowie ein Antrag der Lehrpersonen von der Pestalozzischule um Erhöhung ihrer Zulage, die dem Schulausschuß überwiesen werden.

Zur Eintritt in die Tagesordnung wird Architekt Rödiger (Deutschnat.) an Stelle von Direktor Ziegler, der aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt hat, vom Oberbürgermeister Rive als Stadtverordneter verpflichtet. Als Schriftführer wird für den ausgeschiedenen Stadtv. Direktor Ziegler Kreisschulinspektor Busse vorgeschlagen und mit 45 Stimmen gewählt. Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl eines Stadtverordneten zum Mitglied der Armendirektion für den verstorbenen Superintendenten D. Wächtler, dessen Wahlperiode noch bis zum 31. Dezember 1922 läuft. Stadtsuperintendent Meinhof wird gewählt. — In den Grundbesitzschätzungsausschuß tritt für ein ausgeschiedenes Mitglied Stadtv. Wolff (U. S. P.) ein.

Aufwandsentschädigung für unbesoldete Stadträte.

Stadtv. Manschewski (Dem.) begründet die Stellungnahme des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der U. S. P. auf Besoldung der ehrenamtlich tätigen Stadträte mit 300 M. monatlich. Der Haushaltsausschuß hat sich für eine Entschädigung von 200 M. monatlich entschieden, und zwar ist diese Summe den betreffenden Stadträten vom Beginn ihrer Tätigkeit an nachzuzahlen unter Abzug der bereits vereinnahmten Stadtverordnetengelder. — Stadtv. Hildebrandt (Unabh.) hält den von seinen Parteifreunden eingebrachten Antrag aufrecht mit der Begründung, daß die ehrenamtlich tätigen Stadträte Opfer ganz bedeutender Art darbrächten. Von einer Besoldung könnte bei der geringen Summe von 3600 M. im Jahr garnicht die Rede sein. — Stadtv. Steinbrück (Deutschnational) betonte, daß der ehrenamtliche Charakter der Stadträte durch eine derartige Summe beeinträchtigt würde. Auch Stadtv. Kleis (Mehrheitssoz.) weist darauf hin, daß die Entschädigungssumme von 200 M. im Monat im Verhältnis zu dem geringen Sitzungsgeld der Stadtverordneten (5 M.) angemessen sei. Der Antrag Hildebrandt fällt bei der Abstimmung, der des Haushaltsausschusses zu der Vorlage wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. —

Der Geschäftsstelle für Beamtenhochschulkurse soll ein Zuschuß von 5000 M. zur finanziellen Unterstützung der Kurse überwiesen werden. — Auf Anregung des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten wird in nächster Zeit von Dr.-Ing. Sympher eine Abhandlung erscheinen über „Die Wasserwirtschaft Deutschlands und ihre neuen Aufgaben". Angesichts der großen Bedeutung, die die Stadt Halle augenblicklich an Wasserstraßen hat, wird eine Beteiligung an dem Werke durch Beschreibung der projektierten Hafenanlagen beschlossen. Der Magistrat schlägt vor, der Beteiligung von drei Seiten in dem genannten Werke zuzustimmen und die erforderlichen Mittel in Höhe von 2400 M. aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu bewilligen. Der Haushaltsausschuß hat diesen Vorschlag dahin abgeändert, daß nur eine Verpflichtung für eine Auflage aufgenommen wird und in diesem Sinne stimmt die Stadtverordnetenversammlung der Vorlage zu.

Etwa 140 bis 150 beürftigen Kriegsteilnehmern bzw. deren Witwen wird eine einmalige Unterstützung von je 50 Mark bewilligt, die erforderlichen Mittel sind bis zur Höhe von 7500 Mark dem Hauptetat für 1919 zu entnehmen. — Die Bestattungskosten des in Ausübung des städtische Dienstes ums Leben gekommenen Polizeiwachtmeisters Heing und Hilfsschutzmanns Seume im Betrage von 1776,40 Mark übernimmt die Stadt. — Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, in den Grundstücken Augustastraße 1, Kleiner Kanddorne 2, Mittelstraße 16 und Klosterstraße 6 Anlagen zur elektrischen Beleuchtung einzurichten, die entstehenden Kosten von zusammen 4200 Mark sollen aus zur Verfügung stehenden Mitteln gedeckt werden. — Es werden ferner 1700 Mark bewilligt für Anlage zur elektrischen Beleuchtung des Wohnungsamtes und der im selben Haus befindlichen Büroräume. — In der Aula der Handwerker und Kunstgewerbeschule fehlen Stühle, die während des Krieges aus nahegelegenen Restaurants geborgt wurden. Es werden 7000 Mark aus dem gemeinschaftlichen Verfügungsfonds der städtischen Körperschaften bewilligt, um diesem Mißstand abzuhelfen. — Für den Ausbau der Mühlgarten Straße zwischen Ludwig- und Wörmlitzer Straße entscheidet der von der Gemeinde St. Georgen beabsichtigten Erbauung einer Kirche wird die Stadt 150 000 Mark bereitstellen.

Es wird sodann über die Verwollkommnung der während des Krieges geschaffenen

Kläranlage auf dem Tafelwerder

verhandelt. Es soll zu diesem Zweck eine direkte Druckwasserleitung von der Reinwasserpumpe im Maschinenhaus nach den Filter links bzw. rechtsseitigen Brunnengruppen gelegt werden, die zur Speisung des Schlammsammelbrunnen dienen sollen. Die zum Schutze der Kläranlage gegen Ueberflutung bei Hochwasser dienende Hochwasserpumpe ist noch in einem provisorischen Schutzhäuschen aus Holz untergebracht. Dasselbe soll durch ein massives Häuschen ersetzt werden, um die Pumpe mit Motor und elektrischem Zubehör gegen Witterungsverhältnisse und Frost zu schützen, die Zufahrtswege zu den Schlammlagerplätzen müssen gepflastert werden. Die Erweiterung der Schlammtrockenplätze bedingt eine Vermehrung des Feldbahnmaterials. Die von der Stadtbaudeputation und vom Magistrat erbetenen 80 000 Mark werden bewilligt und sollen durch eine neu aufzunehmende Anleihe aufgebracht werden.

Der Pachtvertrag über die Gastwirtschaft des Städtischen Schlacht- und Viehhofes läuft mit dem 31. März 1920 ab. Das Kuratorium des Städtischen Schlacht- und Viehhofes und der Magistrat schlagen vor, die Verpachtung der Gastwirtschaft neu auszuschreiben. Der Grundeigentumsausschuß ist gegen eine Verpachtung und stellt den Antrag auf Schließung der Gastwirtschaft, um so die Räume zu Büro- und Wohnzwecken zu verwenden. — Stadtv. Minner (Dem.) ist für eine Weiterverpachtung der Gastwirtschaft auf drei Jahre an den bisherigen Pächter. Er bezeichnet es als verhängnisvoll, die für den Schlachthofbetriebe immerhin ganz bedeutsame Wirtschaft zu schließen und bringt gleichzeitig den Wunsch der Bevölkerung des Ostfelles unserer Stadt zum Ausdruck, nicht auch das letzte größere Restaurant zu beseitigen. — Stadtv. Kleis (Mehrheitssoz.) entscheidet sich für den Vorschlag des Grundeigentumsausschusses. An Halle gibt es eine Unmenge unwirtschaftlicher Betriebe, zu denen auch die Wirtschaft auf dem Städtischen Schlacht- und Viehhof gehört. Mit Rücksicht auf unsere Wohnungsnot ist es ein Gebot der Stunde, alle verfügbaren Räume zu Wohnzwecken zu benutzen. Nachdem auch Stadtv. Gehre (Mehrheitssoz.) für denselben Antrag eintritt, ergreift Stadtv. Osterburg (U. S. P.) das Wort. Er weist darauf hin, daß an der Stelle dort draußen ein Gasthof unbedingt notwendig ist. Die Gastwirtschaft müßte kommunalisiert werden. Redner hält es aber für zweckdienlich, sie noch nicht gleich in städtische Bewirtschaftung zu nehmen, sondern auf diesem Gebiete erst noch Beobachtungen zu sammeln und schlägt deshalb vor, den Gasthof auf weitere zwei Jahre dem bisherigen Pächter zu belassen. Von einer Ausschreibung müsse abgesehen werden, da es unpraktisch sei, für zwei Jahre einen neuen Wirt hineinzuziehen. Die Wohnungsnot da draußen sei auf andere Art und Weise zu beheben, er denke dabei an die großen Wohnungen, die die Schlachthofbeamten besitzen. — Stadtrat Fischer ist gegen eine Verlängerung des Pachtvertrages mit dem bisherigen Besitzer, der sich Unregelmäßigkeiten und Ueberschreitungen der bestehenden Verordnungen habe zuschulden kommen lassen. Er tritt dem Vorwurf entgegen, daß die Schlachthofbeamten zu große Wohnungen hätten. — Stadtv. Minner (Dem.) kommt dem Stadtv. Osterburg insofern entgegen, als auch er für eine Verlängerung des Pachtvertrages auf zwei Jahre eintritt. — Stadtv. Splett (Deutschnat.) deutet die Gründe an, die das Kuratorium des Schlachthofes bewogen haben, von einer Wiederverpachtung an den bisherigen Gastwirt Schneider Abstand zu nehmen. Mit der bisherigen Geschäftsführung könne man sich nicht einverstanden erklären, es sei auch nicht angebracht, einen derartigen Betrieb, wie man ihn in letzter Zeit dort beobachten konnte, in einem städtischen Besitz zu dulden. In der Abstimmung wird gegen die Stimmen der Rechtsparteien beschlossen, die Wirtschaft an den bisherigen Pächter auf zwei Jahre weiter zu verpachten.

Es steht weiterhin die

Abänderung der Lustbarkeitssteuerordnung

zur Verhandlung. Die Sportvereinigung Halle, der Verein für Leibesübungen und noch andere Sportklubs haben Einspruch dagegen erhoben, daß ihre Veranstaltungen der Besteuerung unterliegen sollen. Der Verein der Leipziger Lichtspieltheater und der Verein der Halleschen Lichtspieltheater, sowie der Ortsverband der Halleschen Wirtsvereine haben eine Eingabe eingebracht, in der sie darauf hinweisen, daß die vom Magistrat vorgeschlagenen Steuersätze zu hoch seien und eine Bedrückung der gewerblichen Unternehmungslust bedeuten.

Stadtv. Borges (Dem.) begründet die eingebrachte Magistratsvorlage. Eine gewisse Neugestaltung der alten Steuersätze ist notwendig, denn die in der Lustbarkeitssteuerordnung von 1904 vorgesehenen Sätze entsprechen nicht mehr den jetzigen Zeitverhältnissen. Die Erhöhung der Steuersätze wird aber zur zwingenden Notwendigkeit angesichts der Finanzlage unserer Stadt. Durch die Steuergesetzgebung des Reiches sind diese Städte in äußerst schwierige Verhältnisse geraten. Wie bekannt, fällt für die Gemeinden bereits mit dem Beginn des neuen Steuerjahres die Möglichkeit der Erhebung von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer fort, da das Reich die Einkommensteuer für sich in Anspruch nimmt und den Ländern und Gemeinden lediglich feste Sätze davon überweist. Welche Anteile von der kommenden Reichseinkommensteuer den Gemeinden zugesprochen werden, steht noch dahin. Immerhin darf noch den bisherigen Erklärungen der zuständigen Stellen keinesfalls mit einem wesentlich höheren Ertrag als dem des Jahres 1919 gerechnet werden. Die neue Steuerordnung trifft sämtliche im Bezirk der Stadt Halle stattfindenden Lustbarkeiten, sie unterscheidet aber solche, die nur dem Vergnügen dienen von denen, die auch erziehliche und kulturelle Werte schaffen. Die letzteren sollen möglichst wenig herangezogen werden, es besteht sogar die Möglichkeit, sie ganz von der Steuer zu befreien. Der Magistrat hofft auf eine Mehreinnahme von 8 Millionen.

Stadtv. Albrecht (Unabh.) beantragt Steuerfreiheit für Veranstaltungen zu rein sportlichen Zwecken, ferner für Karten bis zum Preise von 1 Mark bei sonstigen Veranstaltungen, und Herabminderung der Besteuerung der Grundfläche bei Tanzlustbarkeiten um die Hälfte, desgleichen Steuerfreiheit für Stadttheater und Zoologischer Garten. — Stadtv. Wilke (Mehrheitssoz.) unterstützt den Antrag auf Steuerfreiheit rein sportlicher Veranstaltungen. — Stadtv. Bock (Unabh.) geht bei seinen Erläuterungen von der Erkenntnis aus, daß der Beruf eines Finanzministers heutzutage nicht zu beneiden und sogar lebensgefährlich sei. Man sieht sich nach neuen Steuern um, um Riesensummen zu decken. Er hegt schwere Bedenken gegen die Vorlage. Da nach seiner Meinung die U. S. P. die einzige Partei ist, welche Grundsätze hat, so stimmt sie aus Prinzip auch gegen diese Art indirekter Steuer, die besonders die unbemittelten Schichten trifft, denn diese bilden bei dem Besuch die Mehrheit. Obwohl persönlich kein Freund der heutigen Kinoseuche und Tanzbelustigungen, sei doch augenblicklich an der Art der heutigen Volksbelustigungen nichts zu ändern. Die Möglichkeit hierzu wird erst vorhanden sein nach Verschwinden der Klassenunterschiede. Nach seiner Meinung wird das Pferd beim Schwanze aufgezäumt, was in der kapitalistischen Gesellschaft zur Regel geworden zu sein scheint. Eine Aenderung wird erst eintreten, wenn das Proletariat zu einer Machtstellung gelangt ist. Die Annahme der Vorlage würde es unmöglich machen, daß auch der Arme das Theater besuchen kann. So sollte die Uebernahme des Stadttheaters in städtischen Betrieb dieses zu einer Kulturstätte machen, wovon die U. S. P. allerdings noch nichts gemerkt hat. Ein gewisser Theatermob schreibt die Richtung vor und nimmt den berufenen Kunstverständigen die Mittel aus den Händen, wahre Kunst zu schaffen. Der Grundsatz: „Die Kunst dem Volke", bürgt keine Rechtfertigung der Steuer. Der Arbeiter kann aus Geldmangel und Zeit, die er z. B. der Gewerkschaft opfert, wenig das Theater besuchen. Die Besteuerung des Stadttheaters würde Abschwächung des Besuches bedeuten. Rein sportliche Veranstaltungen sind von der Steuer ebenfalls auszunehmen, sofern sie volkstümliche Veranstaltungen zum Zwecke der Volksgesundung und Volkserüchtigung sind. Unter diese Art Sport fallen nicht die Wettfliegen und Pferderennen. Vorstehende Ausführungen wurden mit der Bitte um Annahme in einer kurzen Erklärung verlesen.

Stadtv. Bretschneider (bei keiner Fraktion) hält ebenfalls rein sportliche Veranstaltungen für keine Vergnügungen und unterstützt den Antrag Albrecht und Genossen. Dagegen hält er die Besteuerung der Tanzbelustigungen für sehr gering und beantragt eine Erhöhung des vorgeschlagenen Satzes um 100 Prozent. — Stadtrat Wurm erinnert, daß der letzte Städtetag die Städte verpflichtet, Lustbarkeitssteuer zu erheben. Daran kann auch die prinzipielle Stellungnahme der U. S. P. Halles nichts ändern. Im übrigen läßt die finanzielle Notlage der Stadt keinen anderen Ausweg mehr offen. In steuertechnischem Sinne sind rein sportliche Veranstaltungen nicht als steuerfrei anzusehen, auch wenn sie zur Volkserüchtigung dienen. Man möge berücksichtigen, daß die Sätze im Vergleich zur Entwertung des Geldes sehr niedrig gehalten sind. Die Unterscheidung von rein sportlichen Veranstaltungen und solchen, die dem Vergnügen dienen, ist in Praxis ganz unmöglich. Einer bestimmten Interessentengruppe Steuerfreiheit zu bewilligen, liegt kein Grund vor.

Stadtv. Busse (Deutschnat.) steht auf dem Boden der Vorlage mit Ausnahme der Besteuerung der rein sportlichen Veranstaltungen. Bei der großen Bedeutung des Sportes ist es unberechtigt, Steuern daraus hervorzuholen. Die Sportvereine verwenden bekanntlich die Einnahmen nicht zu privaten Zwecken, sondern zur Hebung des Sportes, dafür muß man den Sportvereinen Dank wissen. Deshalb darf keine Erschwerung ihrer Veranstaltungen eintreten. Die Schwierigkeiten zwischen Sportg und Gewerbe werden immer bestehen. Heute sieht die ganze Sportwelt auf diese Verhandlung, deshalb unterstützt der Redner diesen Teil des Antrages voll und ganz. Für den zweiten Teil, die Besteuerung der Eintrittskarten im Preise bis zu 1 Mark bei sonstigen Veranstaltungen fallen zu lassen, zu sprechen, ist unmöglich, da z. B. die Besteuerung der 1 Mark-Plätze mit der Festsetzung des Eintrittspreises auf 90 Pfennige umgangen würde. — Stadtv. Kleeis (Mehrheitssoz.) betont, daß der, welcher wirtschaftlichen Fortschritt will, auch Steuern erheben muß, da sonst der Zusammenbruch unvermeidlich ist. Die Herren von der Linken verhalten sich wieder einmal ablehnend, weil sie in der Minderheit sind, und durch ihre Anträge agitatorisch wirken wollen. Der Redner weist auf die Widersinnigkeit der Anträge hin, die z. B. Steuerfreiheit für das Stadttheater fordern, das heute nur eine Stätte der Bildung für die Besitzenden ist. — Stadtv. Albrecht (Unabh.) hält diese Art Steuer für eine „Lustbarkeitsstofschlagsteuer". Nach vier Jahren Hunger und Elend ist der Drang nach Lustbarkeit nur verständlich. Der Antrag, die Grundflächensteuer bei Tanzlustbarkeiten möge auf die Hälfte herabgesetzt werden, soll die sonst damit verbundene Erdrosselung dieses Gewerbezweiges verhüten. Das Stadttheater wird für die Minderbemittelten durch die Besteuerung gesperrt werden. Wenn unbedingt eine Steuer erhoben werden muß, so kann sie möglichst niedrig sein.

Stadtv. Splett (Deutschnat.) stellt Antrag auf Schluß der Debatte, welcher Annahme findet. Im Schlußwort weist Stadtv. Borges (Dem.) nochmals darauf hin, daß bei etwaigen Steuern doch auch die untersten Schichten freudig mitarbeiten sollten, zumal die neuvorgeschlagenen niedriger sind als anderswo. Die Abstimmung ergibt Streichung der Besteuerung von Veranstaltungen zu rein sportlichen Zwecken, Ablehnung der Verminderung des Steuersatzes um die Hälfte bei Tanzlustbarkeiten, desgleichen bei Kostümfesten und dergleichen. Die Steuerfreiheit für Stadttheater und Zoologischen Garten wird gleichfalls abgelehnt, desgleichen für die Veranstaltungen des Arbeiterbildungsvereins.

Der vom Stadtv. Günther (U. S. P.) begründete Antrag über die Notwendigkeit der Einrichtung eines Massenquartiers für Flüchtlinge in der „Bergschenke" mit einem Kostenaufwand von rund 11 000 Mark, zuzüglich 2000 Mark Entschädigung für den Wirt der „Bergschenke", welche aus den bereits bewilligten Mitteln zur Beseitigung der Wohnungsnot zu bestreiten sind, findet mit großer Mehrheit Annahme.

— **Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe** ist verliehen worden: dem Universitäts-Musikdirektor, Professor Rahlmes, dem Rechnungsrat im Universitäts-Kuratorium Lenz, dem Universitäts-Sekretär, Rechnungsrat Böttche, dem Direktor des Halleschen Kohlenwerks Uhlmann, dem Klempnermeister Weise und der Schreibhilfe bei der Universitäts-Ohrenklinik Fräulein Koch.

— **Brennholz-Versorgung.** Infolge Platzmangels und weiterer großer Holzzufuhren ist beschlossen worden, mit den Lagerbeständen möglichst zu räumen und das Brennholz (Hart- und Weichholz gemischt) ab städtischen Lager Hafen zu folgenden Preisen abzugeben: für Verbraucher ein Zentner ungeschnitten 10 M., ein Zentner geschnitten 10,50 M., ein Zentner gespalten, also ofenfertig, 11 M. Für die Abfuhr und Abladen des Brennholzes wird der Betrag bis zu 1 M. pro Zentner berechnet. Holzbestellungen werden im Zimmer 1a der Ortskohlenstelle angenommen. Stubben- und Knüppelholz werden, solange der Vorrat noch reicht, zum Preise von 7 M. pro Zentner abgegeben.

— **Bund deutscher Feldeisenbahner 1914—18** (Ortsgruppe Halle). Mittwoch, den 11. Februar, abends um 6½ Uhr in „Müllers Hotel", Magdeburger Straße, Monatsversammlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192002101-16/fragment/page=0003

„Wilhelm Tell" im Stadttheater

Man schreibt uns:

Seit langer Zeit öffnete das Stadttheater am Freitag wieder den ersten Klassen der hiesigen Volksschulen zu einer Tellaufführung seine Tore. In großer Erwartung eilten unsere Mädel und Jungen der Kunststätte zu. Aber sie wurden arg enttäuscht. Statt die ganze Kraft seines Könnens hineinzulegen in die kurzen Stunden der Darbietung, um die so oft als verroht verschriene Jugend hochzureißen auf die Firngipfel des Guten, Wahren und Schönen, schien man den Grundsatz: Für Kinder ist das Beste gut genug", nicht zu kennen. Weshalb läßt man Kernstellen weg, wie die: „Ans Vaterland, ans teure schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen; hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft!"? Ist das politische Absicht? Will man der Jugend vorenthalten, daß es trotz aller parteipolitischen Streitigkeiten einen von der Natur geschaffenen, Felsgrund gibt, auf dem wir wieder zusammenfinden können: unser Menschentum, unser Deutschtum, unser Vaterland? Allerdings könnte man sagen: Wenn die Darstellung hier wirklich versucht hätte, die Kindergesinnung in der Richtung nach der äußersten Linken ein wenig politisch zu beeinflussen, so hat sie das reichlich wieder ausgeglichen durch kräftige Uebung der Jugend in dem der äußersten Rechten so oft als Hurrapolitik angehängten Hochrufen auf einen Retter und Befreier des Landes.

Die vielen Textkürzungen mögen vielleicht teilweise technisch bedingt gewesen sein, aber man darf doch nicht so kürzen, daß der Zusammenhang gestört wird. So stand Tells: „Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben . . ." außerhalb jeder Verbindung. Und nicht kürzen sollte man an der Mühe, innere Seelenkämpfe durch Gebärdenspiel zum Ausdruck zu bringen, nicht an der Würde der Auffassung des Stückes und nicht an der Werteinschätzung der Zuhörerschaft. Leutholds „Witz" mit dem „Hut" wurde von den Kindern einfach als albern empfunden, und wenn die Kinder lachten, so beweist das nur die Wahrheit des Spruchs: „Mit Kindern braucht du dich nicht kindisch zu gebärden, wie sollen sie, wenn du ein Kind bist, Männer werden?" Die Würde verletzten auch die vielen Textunsicherheiten, denn bei der oftmaligen Wiederholung von „Tell" in letzter Zeit kann ein Versagen des Gedächtnisses nicht als Grund für die Stichwortunsicherheit gelten.

Alles in allem: Man muß als Lehrer sehr treu arbeiten, sollen die Weihestunden, die die Kinder beim Besuchen von „Tell" in der Klasse gehabt haben, nicht durch derartige Theateraufführungen beeinträchtigt werden; es wäre aber schöner, die Aufführung setzte der Schularbeit die Krone auf!

Es ist mir eigentlich unverständlich, wie man in einem Staate, dessen Bürger sich durch blutige Opfer Rechte erkämpft haben, es gleich Gesetzen noch wagen darf, „jetzt keine Zeit zu haben, um gewisse Rechte abzuwägen, die auch das Volksschulkind hat" als Menschenkind und als Kind eines Halleschen Steuerzahlers.

Pollack, Volksschullehrer.

— **Das Tanagra-Theater** eröffnet am 13. Februar im „Mozartsaal", Weidenplan, ein kurzes Gastspiel. Auf der Leipziger Tanagra-Ausstellung, wo das Tanagra-Theater vor dem Kriege 1914 vorgeführt worden ist, war es das Ziel vieler tausenden von Ausstellungsbesuchern. Die großen Erfolge, die das Tanagra-Theater aufzuweisen hatte, sind ein Beweis seines künstlerischen Wertes. Was ist nun Tanagra? Tanagra ist eine Stadt in Griechenland, wo vor nicht langer Zeit bei Ausgrabungen kleine entzückende Nippes-Figuren aus Ton von hervorragender Plastik und Schönheit aufgefunden worden sind. Diese Figuren zu neuem Leben zu erwecken, sie gehen, tanzen und singen zu lehren, ist die Aufgabe, welche sich das Tanagra-Theater gestellt hat. Das Verdienst, uns diese reizolle Illusion zugänglich gemacht zu haben, gebührt der Firma Carl Zeiß in Jena, welche hierzu die vollkommensten Apparate und optischen Einrichtungen geliefert hat. Auf welche Art die Illusion erzeugt wird, bleibt vorläufig ein Geheimnis. Soviel aber ist klar, daß es keine Puppen, sondern lebende Personen von normaler Größe sind, welche auf der Bühne agieren. Das Repertoire umfaßt Opern und Operettenszenen, Märchen und Balletdivertissements, und wird unter Mitwirkung hiesiger Künstler vorgeführt.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Willy Ulrich mit Hanna Elisabeth Bacher.

Todesfälle: Am 6. Februar Emma Beck im 72. Lebensjahr. — Am 8. Februar Carl Schütze im 67. Lebensjahr. — Am 7. Februar Wilhelmine Holzhausen im 79. Lebensjahr. — Am 7. Februar Magdalena Kupp. — Am 6. Februar Frau Klara Drese geb. Miethe im 26. Lebensjahr.

Provinz Sachsen

d. **Osterwieck**, 8. Febr. (Umzug erschwert durch Verordnungen über Viehausfuhr.) Beim Wegzug von Pfaden wollte der Landwirt und Gemeindevorsteher Heinrich Voges auch seinen Viehbestand mitnehmen. Dem standen aber die Verordnungen über die Viehausfuhr im Wege, so daß das Vieh im Kreise verkauft werden mußte. Das brachte dem Landwirt nicht nur gewaltigen wirtschaftlichen Schaden, sondern auch noch eine Geldstrafe von 400 M. ein, da er es unterlassen hatte, die Zuchtviehaktion der Prov.-Fleischstelle anzumelden. Er legte Berufung ein, die aber von der Strafkammer Halberstadt verworfen wurde, da er als Gemeindevorsteher die Bestimmungen gekannt haben müßte.

n. **Köthen**, 9. Febr. (Entfernung des Kaiserbildes aus dem Gemeindesitzungssaal.) Auch aus dem hiesigen Gemeinderatssitzungssaale ist nun das Kaiserbild verschwunden und damit ein Stück Kunstbarbarei geliefert worden, das seinesgleichen sucht. Die Unterschrift, der gesamte Rahmen, die darüber angebrachte Krone — alles ist mit der Holzätzelung des Saales untrennbar zu einem harmonisch wirkenden Ganzen verbunden, zu dem auch das auf der anderen Seite des Saales befindliche Herzogsbild paßt. Und in diesen Rahmen hinein ist nun ein in hellen Farben gehaltenes Köthener Stadtbild gesetzt — ein Hohn auf Stilgefühl und künstlerischen Geschmack. Die bürgerlichen Stadtverordneten gaben folgende Protest-Erklärung ab: Wir bedauern die Entfernung des dem Saale zweifellos zum Schmuck gereichenden Kaiserbildes aus ästhetischen Gründen um so mehr, als wir das Vorhandensein ernsthafter politischer Gründe für dessen Entfernung nicht anzuerkennen vermögen. Wir sehen darin lediglich eine parteipolitische Demonstration der Sozialdemokratie und bedauern, daß der Magistrat auch bei dieser Gelegenheit ohne Rücksicht auf Andersdenkende den Forderungen der Sozialdemokraten nachgegeben hat. Die vom Oberbürgermeister gegebene Verteidigung des Magistratsstandpunktes wirkte wenig überzeugend.

— **Markranstädt** b. Leipzig, 8. Febr. (Ergriffene Mörder.) Unter dem Verdachte der Mitwisserschaft an der Ermordung und Beraubung der beiden Leipziger Seegall und Seib in Döbeln wurde der Arbeiter Stanislaus Pinorczyk in Markranstädt verhaftet, dagegen konnte der Täter, der Pole Nawal, noch nicht gefaßt werden.

tzk. **Meiningen**, 6. Febr. (Denkmalsschändung.) Das künstlerisch wertvolle, von Professor Hildebrand (Berlin) stammende Denkmal unseres thüringischen Dichters Otto Ludwig am Herrenberg ist nachts durch ruchlose Buben von seinem Sockel gestürzt worden. Um die hervorragende Büste vor weiteren Beschädigungen zu schützen, sah sich die Hofverwaltung, die Besitzerin des Grund und Bodens, gezwungen, sie in Verwahrung zu nehmen.

„H.J." Sportberichte

Keine Sportsteuer in Halle

Die Stadtverordnetensitzung lehnte gestern fast einstimmig die Besteuerung amateursportlicher Veranstaltungen ab.

Es war zu erwarten, daß unsere Stadtväter sich dem guten sportlichen Ruf unserer Gemeinde gewachsen zeigen würden, zumal heutzutage über Wert und Bedeutung des Sportes wohl nur noch eine Stimme herrschen dürfte. Den zahlreichen hiesigen Sportvereinen wird ein erheblicher Stein vom Herzen fallen, hätte doch die geplante Steuer unfehlbar den meisten von ihnen großen Schaden gebracht.

*

— **98 Liga gegen Favorit Liga 4 : 0.** 98 ging bereits nach 10 Minuten durch einen Schuß von Boost, der zur Abwechslung Mitte stürmte, in Führung. Rösler und Gähelein buchten noch in der 1. Halbzeit den zweiten und dritten Erfolg, den Boost kurz vor Schluß den vierten anreihen konnte. Ein Elfmeter für 98 wurde nach Wiederholung von Todtlehm im Favoritor abgewehrt. Bei 98 konnte die ganze Mannschaft gefallen, besonders hervorzuheben wäre noch das recht gute Flügelspiel von Gähelein und Hanns, bei Favorit vor allem die Verteidigung und Wittig als Läufer.

98 Jugend II gegen V. f. L. Jugend II 0 : 6.
98 Jugend I gegen Sportfreunde Jugend I 5 : 0.
98 Schüler gegen Teutonia Schüler 0 : 2.
98 Liga-Res. gegen Sportfreunde Liga-Res. 8 : 0.
98 III gegen Borussia III 7 : 5.

— **Naumburg, 05 Liga gegen Sportfreunde-Halle Liga 4:2 (1:2).** Vor 1000 Zuschauern ein äußerst flottes schönes Spiel, in welchem Naumburger Ueberlegenheit nicht zu verkennen war. Nach 25 Min. geht 05 durch prächtigen Schuß in Führung, welche ihm Sportfreunde durch einen „Eifer" wieder nimmt. Kurz darnach übernimmt Sportfreunde durch unhaltbaren Schuß die Führung. Nach Seitenwechsel 05 dauernd im Angriff und erzielt binnen 10 Minuten drei Tore. 20 Min. vor Schluß bricht der Schiedsrichter das Spiel ab, „weil der Boden vorn Tor inzwischen zu „schwer" geworden ist."

— **Verbandstag des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine in Dresden.** Der Sitz des Verbandes wurde auf Antrag des Verbandsvorstandes von Halle nach Leipzig verlegt. Abgelehnt wurden die Anträge des Kreisvorstandes Nordwestsachsen, hinter denen man nicht mehr zulässige Berufungen vermutete. Auch der Antrag vom Leipziger Corso, der wünschte, daß künftighin Besähigungsspiele wegfallen, und daß die schlechten Mannschaften der höheren Klasse mit der besten Mannschaft der nächsten Klasse ausgewechselt werden sollen, verfiel leider der Ablehnung. Ein gleiches Los erlitt der Antrag des Saalegaues, die Jugendausschüsse im V. M. B. B. als amtliche Organe einzuführen. Dagegen fand ein aus der Versammlung eingereichter Dringlichkeitsantrag von Langner-Magdeburg Annahme, der lautete: „Bei der Beschlußfassung über Jugend- oder Alte Herren-Angelegenheiten ist ein Vertreter etwa bestehender Jugend- oder Alte Herren-Ausschüsse zu hören." Einstimmig wurde auch der Antrag des Sportklubs Wacker-Leipzig angenommen, die Förderung des Alte Herren-Sports wirksamer als bisher zu betreiben und auch geeignete Mittel zu unterstützen, ebenso der Antrag auf Förderung der männlichen wie weiblichen Jugendpflege. Ein Antrag des Vorstandes, an Stelle der bisherigen Kopfsteuer einen Vereinsbeitrag zu erheben, kam der Versammlung zu überraschend und man beauftragte auf Antrag von Hübner-Leipzig den Vorstand, seinen Vorschlag zunächst zur Ueberprüfung bekannt zu geben. Auch soll zu dieser Frage mit anderen Leibesübung treibenden Verbänden Fühlung genommen werden. Die neuen Satzungen des Verbandes wurden nachträglich auf Antrag des Vorstandes genehmigt, nachdem deren Gültigkeit vorher angezweifelt worden war. Das Fehlen des Schiedsrichters wird künftig mit 10 Mark Strafe belegt. Bisher betrug die Strafe nur 5 Mark. Die Teilnahme des Verbandsmeisters, Verein für Leibesübungen-Halle, an den kommenden Meisterschaftsspielen kam ebenfalls zur Sprache, doch übertrug man die weitere Behandlung der Angelegenheit dem Verbandsvorstand.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Aktiengesellschaften

Deutsche Kaliwerke A.-G. Das Bankhaus Gebr. Stern in Dortmund teilt mit, daß sowohl von den Kuxen der Gewerkschaft Karlsfund als auch der Gewerkschaft Hermann I sowie Angebote eingegangen sind, daß die Deutschen Kaliwerke ungefähr über die Hälfte aller Kuxe beider Gewerkschaften verfügen. Infolgedessen sind von den beteiligten Banken die von den Bewerbern abgegebenen Angebote angenommen worden. Damit ist der Uebergang der beiden Gewerkschaften in den Konzern der Deutschen Kaliwerke als gesichert anzusehen.

Die Reichs-Stickstoffwerke Piesteritz bei Wittenberg sind infolge Organisationsmaßnahmen des Reichsschatzministeriums ohne Aenderung der Besitzverhältnisse in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Gerüchte über den Verkauf an Siemens u. Halske in Berlin entbehren der Begründung.

Konsolidiertes Braunkohlen-Bergwerk „Caroline" bei Offleben A.-G. zu Magdeburg. Für das Geschäftsjahr 1919 schlägt die Gesellschaft bei Abschreibungen in Höhe von 980 000 (810 000) M. und nach Rückstellungen von 200 000 M. für einen Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds auf das Aktienkapital von 1 860 200 Mark eine Dividende von 30 Proz. (gegen 20, 20, 28, 22 Proz.) in den Jahren 1918—1915) vor. Dieses Betriebsergebnis ist trotz der ganz wesentlich gesteigerten Selbstkosten erzielt worden, weil die Förderung zum Teil aus einem bereits in früheren Jahren vorgerichteten Kohlenfeldesteile bewirkt werden konnte.

Konkurs B. Weidemann Prieblitz b. Halle. Im Konkurs der Dampfziegelei Bruno Weidemann in Prieblitz bei Halle erhalten die Gläubiger volle Befriedigung.

Thüringer Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, Gotha. Die Gesellschaft kündigt ihre sämtlichen noch im Umlauf befindlichen 4½prozentigen Obligationen von 1904 im ursprünglichen Gesamtbetrage von 1,25 Mill. Mark zur Rückzahlung auf den 30. September 1920.

Presto-Werke Akt.-Ges. in Chemnitz. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 15 Prozent fest und beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 1,5 auf 4 Mill. M. Die jungen Aktien werden den alten Aktionären in der Weise angeboten, daß auf 5 alte eine junge Aktie zum Kurse von 125 Prozent bezogen werden kann. Neu in den Vorstand wurde Generaldirektor Bauer von der Vogtländischen Maschinenfabrik berufen. Die Verwaltung teilte mit, daß die Nachfrage nach den Erzeugnissen des Unternehmens sich fortwährend steigere und daß sie hoffe, den Aktionären auch für das erhöhte Aktienkapital eine hinreichende Verzinsung bieten zu können. Weiter wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß beabsichtigt ist, die Aktien des Unternehmens sobald wie möglich an der Berliner Börse einzuführen.

Mechanische Weberei, A.-G., Zittau. Die für den 4. Februar einberufene außerordentliche Generalversammlung war nicht beschlußfähig.

Weitere Zementpreiserhöhung. Infolge der Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. Februar 1920 werden auch die bisher geltenden Zementpreise um 276 Mk. für 10 000 Kilogramm weiter erhöht. Außerdem wird ein weiterer Teuerungszuschlag von 240 Mark erhoben. Vom 1. Februar gelten die folgenden Zementhöchstpreise: Für Lieferungen an den Staat 2230 Mk., für Lieferungen an alle sonstigen Abnehmer 2300 Mk. (im Gebiet des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes 2275 Mk.). Sollten nach dem 1. Februar weitere Kohlenpreiserhöhungen eintreten, so wird dadurch der Zementpreis ohne weiteres erhöht, und zwar wird der Kohlenpreiserhöhung für 10 000 Kilogramm Kohlen mit 6 Prozent in Anrechnung gebracht.

*

Eine neue Anleihe der Stadt Jena. Der Gemeinderat der Stadt Jena beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 10 Mill. Mark bei 4½ Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung. Die Anleihe dient zur Wasserversorgung, Regulierung der Saale und zu Grundstückankäufen.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Börse zeigte sich bezüglich der Auslieferungsfrage beruhigter, da man auf eine amtliche Lösung hoffen zu können glaubt. Die Tendenz gestaltete sich fest unter Bevorzugung von Valutawerten. Konsolidierungswerte setzten mit etwa 400prozentiger Besserung ein auf von Frankfurt a. M. ausgehende Anregung. Es hieß, daß deutsche Stücke nunmehr in Amerika vermerktbar seien. Auch Kolonialwerte stellten sich zum Teil beträchtlich höher, so Deutsche Kolonialanteile, Otavi-Minen, Neu-Guinea. Von Schiffahrtswerten nur Argo, und zwar um 50 Prozent, gesteigert. Von Montanaktien gewannen nur einige bevorzugte Werte beträchtliche Besserungen wie Bismarckhütte, Thaler Eisenhütte, Oberschlesische Eisenindustrie. Von chemischen Werten stiegen Theodor Goldschmidt um 14, Badische Anilin um 21, Elberfelder Farbwerke um 15 Prozent. Auch einzelne Spezialwerte, wie Deutsche Waffen, Köln-Rottweiler und besonders Kattowitz erzielten beträchtliche Kursbesserungen, Westeregeln um 47 Prozent. Steaua Romana gewannen ziemlich 100. Im Geschäft gestaltete sich im Verlaufe meist ziemlich ruhig. Deutsche Anleihen blieben behauptet, ausländische waren fest. Mexikaner waren um 10 Prozent gesteigert. Im weiteren Verlaufe hielt sich der Begehr für Valutawerte. Bevorzugt wurden Steaua Romana, Schantungbahnaktien, letztere stiegen bis 6 Prozent. Im übrigen hielt sich in vollem Umfange die feste Haltung bei ruhigem Geschäft. Auch die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte stellten sich vielfach beträchtlich höher. Am Schluß stellten sich Deutsche Kolonialanteile um 1000 Prozent gegen Freitag höher. Baltimore gewannen 130, Pennsylvanien über 200 Prozent.

Produktenbericht. Am Produktenmarkte nahm die Preissteigerung für Hafer unter Käufen der Kommunen und Mühlen weiteren Fortgang. Für Hülsenfrüchte erhielt sich eine feste Tendenz bei andauernder Frage für bestsortierte Erbsen. Peluschken zeigten gleichfalls feste Tendenz. Für Lupinen bestand Nachfrage. Serradella hatte ruhiges Geschäft bei mäßigem Angebote. Heu und Stroh waren überwiegend begehrt.

Hafernotierungen:

Berlin, 9. Febr. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark, loko ab Speicher frei Wagen, loko ab Bahn 4000—4120 Mk., ab sofortige Abladung 4020—4100 Mk. Tendenz: sehr fest.

Devisen-Notierungen:

Berlin, 9. Februar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	3971	3979	New-York	103,65	103,95
Brüssel-Antwerp.	784,30	785,70	Norwegen	709,30	710,70
Christiania	1748¾	1751¼	Schweiz	1638¼	1641¾
Kopenhagen	1548¾	1551¼	Spanien	1668¼	1671¾
Stockholm	1903	1927	Wien (alles)	26,00	26,50
Helsingfors	409,60	410,40	Oesterreich abgest.	27,72	27,78
Italien	544¼	535¼	Prag	91,75	92,25
London	349,65	350,35	Budapest	34,71	34,79

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Erdöl	71,—
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	76,—	Deutsche Gasglühl.	—
5% Deutsche Reichsanl.	77,50	Deutsche Kali	419,—
4 " "	64,60	Deutsche Waff. u. Mun.	38,—
3½ " "	58,00	Donnersmarckhütte	29,—
3 " "	63,30	Döring u. Lehrmann	170,—
4 Preuss. Konsols	62,—	Dürkoppwerke	43,—
3½ " "	62,60	Elberfelder Farben	59,—
3 " "	47,90	Engelhard Brauerei	182,—
4 Charl. Stadtanl. 09/26	—,—	Felten u. Guilleaume	43,—
4 Magdeb Stadtanl. 21/06	—,—	Gasmotoren Deutz	243,50
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	105,60	Gebhardt u. König	280,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	103,50	Gelsenkirch. Bergb.	183,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Glanziger Zuckerfbr.	460,—
4 "	—,—	Hallesche Masch.-Fabr.	60,—
Ausländ. Werte		Hann. Masch.	120,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	29,25	Harpener Berg	171,—
4 Ungar. Gold-Rente	30,00	Hasper Eisen	134,—
4 Ungar. Kronen-Rente	38,25	Hirsch Kupfer	380,—
Eisenbahn-Aktien:		Höchster Farbw.	440,25
Halberstadt-Blankenb.	68,50	Hoesch Eisen u. Stahl	401,—
Halle-Hettstedter	76,00	Hohenlohe-Werke	244,25
Schles. Gebirgsbahn	63,—	Humboldt-Masch.	204,75
Allg. Lokal-Str.	—,—	Ilse-Bergbau	160,—
Gr. Berl. Str.	182,50	Kahla-Porzellan	361,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Kaliw. Aschersleben	420,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Orientbahn	415,—	Kyffhäuserhütte	60,—
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co.	200,—
Hamburg. Paketfahrt	155,—	Landw. Bank d. Pr. Sa.	—,—
Hamburg.-Südamerika	279,—	Lauchhammer	160,—
Hansa-Dampfschiff	384,—	Laurahütte	322,—
Nordd. Lloyd	179,25	Lingel, Erfurt	408,—
Banken:		Linke u. Hofmann	280,—
Bank für Thür.	—,—	Ludwig Loewe u. Co.	387,—
Berl. Handelsges.	178,00	Lothringer Hütte	73,75
Comm. u. Diskontobank	155,—	Mannesmannröhren	183,—
Darmstädter Bank	138,00	Maschinenfabr. Buckau	119,50
Dess. Landesbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	119,75
Deutsche Bank	204,—	do. Caro Heg.	262,—
Diskonto-Comm.	210,00	do. Kokswerke	143,—
Dresdner Bank	179,—	Orenstein u. Koppel	131,—
Credit-Anst. Leipzig	161,¾	Phönix-Bergb.	412,—
Mitteld. Kreditbank	144,50	Rhein. Metall-Vorz.	—,—
Privat-Bank	149,—	Rhein. Stahlwerken	434,—
Nationalbank	137,¾	Riebeck, Montan	43,—
Oesterr. Kredit	117,50	Rombacher Hütten	70,—
Reichsbank	143,—	Rositzer Braunk.	240,—
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	240,—
Schultheiss-Brauerei	299,50	Sangerhäuser Masch.	319,75
Akt. f. Anilin	415,—	Hugo Schneider u. Co	244,—
Allgem. Elektr.-Ges.	384,—	Schuckert u. Co.	—,—
Ammendorfer Papierf.	598,—	Siemens u. Halske	183,—
Anhalter Kohlenw.	325,—	Stettiner Chamotte	174,75
Annaberger Steingut	351,—	Stettiner Vulkan	133,—
Badische Anilin	—,—	Stollberger Zinkh.	476,75
Bergmann-Elekt.-Akt.	290,75	Strals. Spielkarten	300,—
Berl. Masch.-Bau	305,—	„Terra", Samen-A.-G.	33,—
Bismarckhütte	409,—	Thale-Eisenhütte	475,—
Bochumer Gußstahl	363,50	Triptis-Akt.-Ges.	125,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Türkische Tabakregie	125,—
Chem. Griesheim	395,—	Ver. Köln-Rottweiler	1240,—
Chem. v. Heyden	240,—	Glanzstoff Elberf.	—,—
Consolidation Schalke	515,—	Wegelin u. Hübner	—,—
Cröllwitzer Papierfabr.	325,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Daimler-Motoren	420,—	Westeregeln-Alkali	400,—
Deutsch-Luxemburg	246,—	Wittener Gußstahl	180,—
Deutsche Ueberseeo-Elt.	1030	Wrede-Mälzerei	140,—
		Zeitzer Masch.	300,—
		Zellstoff Waldhof	340,—
		Otavi-Minen	640,—

Tendenz: fest.

Hauptschriftleiter: Helmut Bütcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Bütcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Seiling; für den sonstigen übrigen redaktionellen Teil: i. V. Erich Sellheim.
Anzeigenteil: Paul Korten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Kiliß, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192002101-16/fragment/page=0004